

Hafen von Grado, die Kirche von Barbana den Menschenfront nicht fassen können.

Hoffen wir auf die nächste Barbana-Prozession, hoffen wir auf die dankbare Pilgerfahrt des Friedens und des Glücks!
A. A. Mautner.

Eine Rationierung der Wohnräume.

Ein Vorschlag zur Bekämpfung der Wohnungsnot.

Von Franz Kaufbitter (Berlin).

Die behördliche Rationierung der Waren, die der gegenwärtigen Kriegswirtschaft ihren Stempel aufdrückt, verfolgt bekanntlich den Zweck, die Bedarfsbefriedigung der bemittelten Schichten zu Gunsten der unbemittelten Schichten einzuschränken. Würde die Möglichkeit des Kaufens und Verbrauchens der notwendigen Lebensmittel nicht beschränkt werden, so würden die zahlungsfähigen Kreise, bei denen die Warenpreise keine Rolle spielen, in der Lage sein, ihren Bedarf überreichlich decken zu können, aber für die Unterschichten, die nur eine geringe, knapp bemessene Kaufkraft besitzen, würde nichts übrig bleiben. Um ihnen einen Mindestanteil an den vorhandenen Vorräten zu gewährleisten, ist die Rationierung notwendig. Wendet man diesen Grundsatz sinngemäß auf das Wohnbedürfnis, besonders in den großen und mittleren Städten, an, so läßt sich nicht einsehen, weshalb man nicht auch das Wohnbedürfnis rationieren sollte.

Bekanntlich macht sich schon während des Krieges in den Städten ein zunehmender Wohnungsmangel bemerkbar, dem auf der anderen Seite ein zunehmender Wohnungsluxus entspricht. Während sich zahlreiche Familien mit engen, ungesunden Wohnräumen begnügen müssen, entwickelt sich in den durch den Krieg reich gewordenen Schichten ein wirkliches Proletariat, das neben anderen luxuriösen Gewohnheiten auch in dem Drange nach einer größeren Wohnung zu Tage tritt. Nach dem Kriege wird sich zweifellos der schon heute bestehende Wohnungsmangel zu einer richtigen Wohnungsnot auswachsen. Wenn erst die Hunderttausende von Männern im besten Lebensalter in die Heimat zurückkehren werden, werden viele Familiengemeinschaften, die infolge der Einberufung des Familienvaters aufgelöst worden sind, wieder zusammengesüßt und überdies werden zahlreiche Familien neu gegründet werden. Das wird natürlich eine starke Nachfrage nach Wohnungen zur Folge haben, der erklärlicherweise ein ebenso starkes Angebot nicht gegenübersteht. Da der Wohnungsbau während des Krieges im großen und ganzen stillgelegen hat, werden die nach Friedensschluß vorhandenen Wohnungen nicht ausreichen, um den Wohnbedarf zu decken, was unter Umständen manche Städte zu einer Wohnungs-katastrophe führen kann.

Als Mittel gegen die drohende Wohnungsnot wird die tatkräftige Förderung des Wohnungsbaues vorgeschlagen. Es sollen, sobald die Möglichkeit dazu gegeben ist, neue Wohnhäuser gebaut werden, wobei man sich nicht auf die private Bautätigkeit allein verlassen will, sondern auch Staat, Gemeinde und Genossenschaften in Bewegung zu setzen gedenkt. Auf diese Weise hofft man den Wohnungsbedarf allmählich decken und in absehbarer Zeit wieder normale Verhältnisse herbeiführen zu können. Es ist nicht ausgeschlossen, daß man sich in dieser Beziehung täuschen wird. Die Knappheit der Baumaterialien und die daraus entspringende Verteuerung des Bauens werden ganz von selbst zu einer Verlangsamung der privaten und öffentlichen Bautätigkeit zwingen und überdies werden sie zu einer Verwendung minderwertiger Baumaterialien nötigen, was mit Rücksicht auf die bald notwendig werdenden Reparaturen als ein volkswirtschaftlicher Schaden bezeichnet werden muß. Diese Schwierigkeiten und Hemmnisse werden es vermuthlich verhindern, ausreichende, preiswürdige Wohnräume in genügender Menge zur Verfügung zu stellen, worunter vor allen Dingen die Arbeiter und kleinen Beamten leiden müssen, die mit jedem Pfennig zu rechnen haben. Es wird uns also nichts anderes übrig bleiben, wenn wir wirklich und durchgreifend Abhilfe schaffen wollen, als zur Rationierung der vorhandenen und noch zu bauenden Wohnräume zu schreiten, um dadurch den Wohnungsluxus auf der einen und die Wohnungsnot auf der anderen Seite einzudämmen.

Als erste Maßregel in dieser Richtung wäre zu empfehlen ein Verbot, neue Luxusbauten zu errichten, solange noch ein Mangel an kleinen Wohnungen besteht. Im Interesse einer ausgleichenden Gerechtigkeit erscheint es dringend notwendig, daß den Kriegsgewinnern und Lebensmittelhändlern die Möglichkeit genommen wird, sich prunkvolle Wohnräume zu schaffen in einer Zeit, in der Familienväter und Familienmütter, die dem bedrängten Vaterland schwere Opfer gebracht haben, durch die Straßen der Städte irren und vergebens nach Obdach für sich und die Ihrigen suchen. Einen aufreizenderen Anblick kann man sich kaum denken und darum bedarf diese Forderung keiner weiteren Begründung. Aber damit ist die Sache allein nicht getan, wir müssen dazu übergehen, mit der Rationierung der Wohnräume Ernst zu machen. Außergewöhnliche Zeiten erfordern außergewöhnliche Maßnahmen, und wenn ein ungeheurer Nothstand die Gesundheit, Sittlichkeit und Leistungsfähigkeit eines Volkes in Gefahr bringt, wie es bei der kommenden Wohnungsnot zweifellos der Fall ist, so darf man auch vor den drastischsten Mitteln nicht zurückschrecken.

Als die Bolschewiki in Rußland ans Ruder kamen, erließen sie ein Gesetz, wonach alle über eine dem notwendigen Bedarf entsprechende Zimmerzahl hinausgehender Räume einer Wohnung abgegeben und der Regierung zur Verfügung gestellt werden sollten, die sie obdachlosen Familien überweisen wollte. Diese Maßregel, die selbst in einer bürgerlichen deutschen Zeitschrift „durchaus nicht so unberechtigt“ genannt wurde, verdient Nachahmung. Wie manches dringende Wohnbedürfnis könnte befriedigt werden, wenn auch die Wohnungen wie die anderen Lebensbedürfnisse rationiert würden. Kein vernünftiger Grund läßt sich dafür anführen, daß wohlhabende Leute einen sinnlosen Wohnluxus treiben, indem sie ihre Wohnräume nur teilweise und auch nur zeitweilig benutzen.